

FRITZ CSOKLICH

Kirchliches Zeitgeschehen

Johannes Paul II. und das ehemalige Jugoslawien

Der Krieg in Bosnien hat nicht nur außergewöhnlich tragische menschliche Konsequenzen und schwerwiegende politische Auswirkungen für ganz Europa, sondern auch fatale Folgen für die langfristigen strategischen Zielsetzungen von Papst Johannes Paul II., der alles daran setzt, um zu einer engeren Kooperation zwischen den Religionen zu gelangen. Der blutige Konflikt in Bosnien hat jedoch zu einer tiefgreifenden Klimaverschlechterung zwischen katholischen und serbisch-orthodoxen Christen im ehemaligen Jugoslawien geführt und überdies die Beziehungen zwischen Christen und Moslems in Bosnien härtesten Belastungsproben ausgesetzt. Damit wird, weit über den Balkan hinaus, das Konzept von Johannes Paul II., das er mit den interreligiösen Friedensgebeten in Assisi deutlich zu machen versucht, in bedenklicher Weise gefährdet.

Vor diesem Hintergrund wird der Ernst der Lage deutlich, in der der Papst in den letzten Monaten alles daran setzte, um zu einer friedlichen Lösung im ehemaligen Jugoslawien beizutragen. Dabei war das Bemühen des Papstes erkennbar, die religiösen Ursachen des Krieges nach Möglichkeit zu beseitigen, und zu einer neuen Übereinkunft zwischen den Religionen und Konfessionen in dieser Region zu gelangen. Besonders ergreifend äußerte sich dieses Unterfangen in der Botschaft, die Johannes Paul II. nach dem Scheitern seines Versuches, nach Sarajewo zu reisen, dem serbisch-orthodoxen Patriarchen Pavle und allen Bischöfen dieser Kirche als Geste des

Friedens und der geistigen Verbundenheit sandte.

In dieser Botschaft heißt es wörtlich: „Ich möchte das gesamte serbische Volk geistig umarmen.“ Der Papst verwies dann auf die tiefe Prägung Europas durch das lateinische und byzantinische Christentum. Zugleich forderte der Papst die Angehörigen beider Kirchen auf, einander besser kennenzulernen und gegenseitig zu bereichern. An die Adresse der Moslems wandte sich der Heilige Vater mit dem Appell, Christen und Moslems müßten aus dem Geist der Solidarität und der Brüderlichkeit heraus gemeinsam zur Wiederherstellung des Friedens beitragen, insbesondere in diesem gemarterten Land des Balkans.

Bei seinem Besuch in der kroatischen Hauptstadt Agram, der eine Million Menschen mobilisierte, unternahm es der Papst abermals, zum Frieden im ehemaligen Jugoslawien zu mahnen. Mit Nachdruck beschwor Johannes Paul II. seine Zuhörer, ausschließlich friedliche Mittel zur Durchsetzung von politischen Forderungen anzuwenden. Damit bezog sich der Heilige Vater offensichtlich auf die Pläne der kroatischen Regierung, die noch immer serbisch besetzten Gebiete Kroatiens mit Waffengewalt zurückzuerobern. Auf diese Weise gelang es dem Papst, der in Agram einen äußerst gebrechlichen Eindruck machte, trotz seiner körperlichen Hinfälligkeit einen Anstoß zum Umdenken zu geben, der viele Menschen berührte, von dem aber niemand sagen kann, was er in der praktischen Politik der Zukunft bewirken wird.

Eines allerdings ist auch im Rückblick sicher: Befürchtungen vor allem in der westlichen Presse, der Papst könnte sich vom Tudjman-Regime für dessen Ziele einspannen lassen, haben sich in keiner Weise bestätigt. Im Gegenteil: Mehr denn je erwies sich Johannes Paul II. als grundsatztreuer Mahner zum Frieden, der politischen Opportunitäten des Tages nicht einmal im Ansatz nachgab. Damit erinnerte der Papst an sein Auftreten in Polen unmittelbar nach seiner Wahl im Jahr 1979, als er Millionen von Menschen in ganz Osteuropa neue Hoffnung gab und auf diese Weise den dramatischen Veränderungsprozeß im Osten Europas wesentlich beschleunigte. Diese historische Rolle von Johannes Paul II. wird in der Gegenwart, in der kirchenpolitische Auseinandersetzungen eine große Rolle spielen, bedauerlicherweise oft unterschätzt oder überhaupt vergessen.

UN-Bevölkerungskonferenz

In das Kreuzfeuer gegensätzlicher Meinungen geriet der Vatikan während der Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Kairo. Bei dieser Konferenz trugen die Initiativen der Delegation des Vatikans wesentlich dazu bei, daß das Thema Abtreibung die Debatten der Konferenz auf weiten Strecken beherrschte. Die römische Kirchenleitung wird sich jetzt, im Rückblick auf die Konferenz von Kairo, selbstkritisch fragen müssen, ob sie mit der Fixierung auf die Stichworte Abtreibung und künstliche Empfängnisverhütung nicht ihre viel weiter gespannten und im Grunde durchaus modernen Vorstellungen von „Entwicklung“ konterkarierte. Denn der Vatikan hat wie kaum ein an-

derer Teilnehmer an der Konferenz mit Recht immer wieder auf den Zusammenhang zwischen dem aufreizenden konsumistischen Lebensstil in den Industrienationen des Westens und der chronischen Unterentwicklung in den Ländern der sogenannten Dritten Welt hingewiesen. Damit stellte sich der Vatikan in dieser Frage voll auf die Seite der Entwicklungsländer, was bei diesen Beachtung und Respekt fand. In den reichen Industrienationen hingegen reduzierten viele Medien dieser Regionen die ganze Problematik der Konferenz von Kairo auf den Widerstand der vatikanischen Delegation gegen die Abtreibung.

Schon lange vor Beginn der Konferenz von Kairo wies man im Vatikan mit Recht darauf hin, daß man sich bei dieser UNO-Konferenz nicht auf technische Mittel der Geburtenregelung beschränken dürfe, sondern daß man den armutsbedingten Ursachen des Bevölkerungswachstums in der Dritten Welt nachgehen müsse. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, gab mit Recht zu bedenken, daß nur durch konsequente Bekämpfung der Armut, durch mehr Bildung, durch bessere Gesundheitsdienste, durch eine zielbewußte Förderung der Frauen und durch einen Aufbau von Systemen der Altersversorgung die „schon heute fast überall in der Welt fallende Geburtenrate“ weiter gesenkt werden könne.

Im Verlauf der Konferenz von Kairo gerieten alle diese Aspekte in den Hintergrund. Zu dieser falschen medialen Optik haben die westlichen Medien durch ihre Fixierung auf den Themenkreis Vatikan – Abtreibung – Suxualmoral gewiß mit beigetragen. Die Sprecher der vatikanischen Delegation haben aber ohne Zweifel den Medien viele der Stichworte für diese

Art der Darstellung geliefert, so daß der Eindruck blieb: Die katholische Kirche kämpft gegen Abtreibung und Verhütungsmittel, ja, sie ist überhaupt gegen jede Geburtenregelung.

Dabei hätte es vielmehr Verständnis und sogar zahlreiche Bundesgenossen für den Vatikan gegeben, wenn von katholischer Seite eine viel grundsätzlichere und breitere Argumentation über die Rampe gebracht worden wäre. Denn auch in den Industrienationen wächst allmählich die Erkenntnis, daß es eine völlig verfehlte Schlußfolgerung der westlichen Industriegesellschaft ist, wenn sie meint, ihren Konsum und ihren Lebensstandard überhaupt nicht einschränken zu müssen, während sie gleichzeitig den Völkern der Dritten Welt mit allen Mitteln einreden möchte, die Einschränkung des Geburtenwachstums in den Entwicklungsländern sei der einzig mögliche Ausweg aus einer drohenden Katastrophe.

Tatsächlich betrifft die vielzitierte Bevölkerungsexplosion eine ganze Reihe ohnehin schon übevölkerten Regionen wie zum Beispiel Indien oder Bangladesch. Andererseits gibt es weite Gebiete in Westeuropa und Nordamerika, die ausgesprochen unterbesiedelt sind. Zu befürchten ist allerdings, daß der Appell zur Beschränkung des Bevölkerungswachstums in erster Linie in den westlichen Industrienationen gehört und auch befolgt wird, obwohl diese ohnehin schon zu wenig Kinder haben, während in zahlreichen Regionen der Dritten Welt viele Kinder nach wie vor als einziger Reichtum geschätzt werden, weil sie de facto so etwas wie eine Sozialversicherung der Ärmsten der Armen darstellen.

Mit anderen Worten: Eine bloße Verteilung von Verhütungsmitteln allein

wird das viel komplexere Problem nicht lösen können, wenn man nicht endlich alle Aspekte dieses Themas in Angriff nimmt: Eine gerechtere Verteilung der Nahrungsmittel auf der Welt; eine entschlossene Einschränkung des maßlosen Verbrauchs von Ressourcen in den Industrienationen; die soziale Sicherung der Menschen in den Ländern der Dritten Welt; die Begrenzung des Konsums in den Industrienationen; ökologische Konsequenzen aufgrund der Ausbeutung der Natur im reichen Norden, während vor allem die Armen im Süden der Erdkugel für das Bevölkerungsproblem verantwortlich gemacht werden.

Der brasilianische Alterzbischof Helder Camara belegte diese Widersprüchlichkeit erst kürzlich mit plastischen Beispielen aus seiner Heimat: „Was uns heute bedroht, ist keine Bevölkerungsexplosion, sondern eine Explosion des Egoismus: Das eine Drittel der Reichen in der Welt stiehlt den zwei Dritteln von Habenichtsen der Welt nicht nur die Rohstoffe und Wirtschaftsgüter, sondern beraubt sie auch noch ihrer Liebesfähigkeit, in dem sie ihnen vorschreiben, möglichst wenig Kinder zu zeugen. Aber wir gestatten nicht, daß unser Volk das Opfer einer ferngesteuerten Pillen- und Sterilisierungskampagne wird. Nahrungsmittel und andere Wirtschaftsgüter sind in unseren Ländern im ausreichenden Maße vorhanden, werden den Armen jedoch von den Multis geraubt. Selbst eine Rekordernte hier in Brasilien stillt nicht den Hunger unserer Landsleute, sondern landet in den Supermärkten der reichen Länder und vermehrt nur noch die Geldgier der Konzerne. Ländereien, auf denen bisher schwarze Bohnen als Grundnahrungsmittel für Brasilianer angebaut wurden, bearbei-

tet jetzt die Agro-Industrie mit modernsten Maschinen zum Anbau von Soja-Bohnen als Viehfutter für europäische Schweine. Auf Gebieten, auf denen bis heute besitzlose Kleinbauern ein karges Leben führten, grasen inzwischen zigtausend Köpfe zählende Rinderherden, deren Fleisch in den Sonderangeboten europäischer Ladenketten billig vermarktet wird.“

Die Statistik ergänzt dieses Bild: Bereits im Jahr 1980 verbrauchte ein amerikanischer Bürger im Durchschnitt ebenso viel Energie wie 169 Bewohner von Tansania oder 900 Nepalesen. Diese Zahlen lassen erkennen, daß die Praxis des westlichen Lebensstils in keiner Weise so beispielhaft ist, wie uns das in Westeuropa oder Nordamerika vorkommt. Ein Ökologe fand dafür ein handfestes Beispiel: Wenn in China eines Tages die Motorisierung westeuropäische oder nordamerikanische Ausmaße annehmen sollte, dann würden dort mehr als 600 Millionen Autos verkehren, was zwangsläufig zur Katastrophe führen würde.

Der österreichische Caritas-Präsident Helmut Schüller sagte in diesem Zusammenhang, der Norden müsse seine Lebensweise überdenken. Es sei leicht, alles weit weg zu lösen und nur anderen etwas zu verordnen. Aber der Norden müsse sich auch selbst in seiner Arroganz und seiner Gefühllosigkeit eingrenzen, bevor er anderen eine Änderung ihres Verhaltens verordnet. Faktum sei, daß man ebenso, wie man heute von einer „Bevölkerungsexplosion im Süden“ spricht, auch von einer „Energieexplosion im Norden“ sprechen könnte: „Hätte nicht auch der Süden ein Recht, uns zu sagen: ‚Ihr dürft nicht mehr so viel autofahren?‘“ Hätte es die vatikanische Delegation in Kairo verstanden, diese Mißverhältnisse einer breiten Öffentlichkeit deut-

lich zu machen, hätte sie gewiß mehr Gehör gefunden. Die vatikanischen Sprecher hätten auch klar machen müssen, daß die Kirche selbstverständlich eine Geburtenregelung befürwortet, nach ihrem Sprachgebrauch eine „verantwortete Elternschaft“. Erst kürzlich wies ja der Papst den Vorwurf zurück, die katholische Kirche propagiere eine „Ideologie der Fruchtbarkeit“: „Wenn es Motive dafür gibt, kein Kind zu zeugen, ist diese Entscheidung erlaubt und kann sogar geboten sein.“

Darüber hinaus wird in der katholischen Kirche eine Korrektur der These von den „guten“ Methoden der natürlichen Empfängnisverhütung und den „bösen“ Methoden der künstlichen Empfängnisverhütung unumgänglich sein. Diese strikte Unterscheidung wird im zunehmenden Maß auch von überzeugten Katholiken nicht mehr verstanden, und selbst die Praxis des Kirchenvolkes entfernt sich immer mehr von dieser Theorie, die breiteste Schichten gerade junger Menschen der Kirche entfremdet. Überdies aber schwächt diese Unterscheidung nur die Glaubwürdigkeit der Kirche, die auf diese Weise in ihrem legitimen Kampf gegen die Abtreibung und gegen das zweifelhafte Tun und Treiben der technokratischen Bevölkerungswissenschaften immer stärker an Kredit verliert.

Die UNO-Konferenz in Kairo, an der Repräsentanten von mehr als 170 Ländern teilnahmen, verabschiedete nach heftigen Auseinandersetzungen einen Weltbevölkerungs-Aktionsplan. Kein einziges Land hat dieses Dokument als Ganzes zurückgewiesen. Selbst der Vatikan, dessen Stellungnahme mit großer Spannung erwartet wurde, beschloß dieses Mal, im Gegensatz zu den zwei früheren Bevölkerungskon-

ferenzen in Bukarest und Mexiko, der allgemeinen Zustimmung zum Schlußdokument nicht fernzubleiben. Allerdings erklärte der Sprecher der vatikanischen Delegation, neben anderen Kapiteln vor allem dem Kapitel 7, das den Zugang zu sicheren und wirksamen Methoden der Geburtenregelung sichern will, nicht zustimmen zu können. Auch das Kapitel 8, in dem sich ein besonders umstrittener „Abtreibungsparagraph“ befindet, wurde vom Vatikan abgelehnt.

Ähnliche, wenn auch vielfach anders akzentuierte Bedenken führten zu partiellen Ablehnungen einer ganzen Reihe weiterer Staaten. So kamen Vorbehalte gegen das Abschlußdokument auch von katholischen Ländern wie Peru, Ecuador, Argentinien, Guatemala, Honduras, der Dominikanischen Republik, Nicaragua und Malta. Auch islamische Staaten wie Iran, Libyen, Jemen, Algerien, Afghanistan, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Malaysia, Dschibuti und die Malediven äußerten aus ihrer Sicht Einwände und Ablehnung. Der Vatikan stand somit nicht, wie dies medial bisweilen erschien, gegen „den Rest der Welt“.

Heftigste Auseinandersetzungen gab es in der Endrunde der Konferenz

noch über die Forderung von Ländern der Dritten Welt, ein Recht auf Familienzusammenführung von Gastarbeitern und Einwanderern festzulegen. Ein solches Recht wurde von den Sprechern der Industrienationen kompromißlos abgelehnt, während sich die vatikanische Delegation in dieser Frage auf Seiten der Entwicklungsländer befand.

Dieses Beispiel läßt erkennen, daß der lange Widerstand des Vatikans gegen gewisse Passagen eine ganze Reihe wichtiger Vorstellungen in den Verlauf der Konferenz von Kairo eingebracht hat, die sonst kaum so deutlich geworden wären. Andererseits hat der katholische Publizist Hubert Feichtlbauer in der Wiener „Presse“ von einem „mehrdeutigen Nachgeschmack“ geschrieben und zu überlegen gegeben, wie lange es noch möglich sein wird, daß der Vatikanstaat als Mitglied der Vereinten Nationen mit nicht mehr als 1000 Einwohnern eine so dominierende Rolle in der Weltgemeinschaft spielen kann: „Der römisch-katholischen Kirche wird eine öffentliche Debatte über die Frage, ob die Trennung von Kirche und Staat nicht auch auf globaler Ebene noch vollzogen werden muß, nicht erspart werden.“